

Infineon will Produktion im Werk München-Perlach schließen. Die Belegschaft lässt sich das nicht gefallen

Wir kämpfen um jeden Arbeitsplatz

Bei Infineon jagen sich die Skandale geradezu im Wochenrhythmus. Das Management ist offensichtlich darauf aus, sich selbst zu bereichern – auch mit Mitteln, für die sich die Staatsanwaltschaft interessiert.

Für die Kolleginnen und Kollegen bei dem Chiphersteller ist es nicht gerade motivierend, ständig der Zeitung entnehmen zu müssen, wer wieder versucht hat, sein Schäfchen ins Trockene zu bringen.

Im Vordergrund aber steht die Angst um die Arbeitsplätze. Auf Biegen und Brechen will die Firmenleitung die Fertigung in Perlach dicht machen. Die Begründung: Der Standort München sei zu teuer.

Ein Gutachten des Soziologischen Forschungsinstitut der Universität Göttingen kommt zu einem anderen Ergebnis. Würde der Fertigungsbetrieb in Perlach vernünftig saniert, könnte die Produktion an dem Standort profitabel werden. Professor Volker Wittke, Autor der Studie, sagte auf der Infineon-Betriebsversammlung: »Die Kostennachteile ge-

Krisengeschüttelter Konzern:
Es mangelt an vielem bei Infineon -
nur nicht an Skandalen



Foto: Werner Bachmeier



Foto: Werner Bachmeier

genüber Vergleichsstandorten sind nicht struktureller Natur, sondern wettzumachen.« Sehr detailliert zeigt das Gutachten Wege auf, wie der Münchner Produktionsbetrieb in die Gewinnzone geführt werden kann.

Michael Leppke (IG Metall München): »Perlach ist besser, als

es das Management annimmt.« Die Firmenleitung aber ging auf die Argumente der Wissenschaftler nicht ein. Anfang August teilte sie den Beschäftigten mit, dass man an der Schließung der Chipproduktion festhalte.

Die Enttäuschung und die Wut der Beschäftigten bringt IG Metall-Bezirksleiter Werner Neugebauer auf den Punkt: »Wir werden alles tun, um die Arbeitsplätze in Perlach zu retten. Die Herren im Infineon-Vorstand sollten sich also warm anziehen.«

Der erste Schritt der IG Metallern und -Metaller: Auf einer Mitgliederversammlung wählten sie eine Tarif- und Verhandlungskommission. Nach der Ablehnung der Empfehlungen des Gutachtens hat die IG Metall die Geschäftsleitung aufgefordert, über einen Sanierungstarifvertrag zu verhandeln. Die Sicherung der Arbeitsplätze steht dabei an erster Stelle.

Infineon-Beschäftigte:
Demonstration für Chip-Fertigung in München

Werner Neugebauer: »Wir werden mit allen gewerkschaftlichen Mitteln für den Erhalt der Arbeitsplätze streiten.«

Die Infineon-Geschäftsleitung erwägt inzwischen, aus dem Geschäft mit Speicherchips vollständig auszustiegen. Diskutiert wird eine Teilfusion oder ein Gemeinschaftsunternehmen mit einem taiwanesischen Partner.

Dass bei einem solchen Vorgehen Arbeitsplätze vernichtet werden würden, ist klar. Im Infineon-Aufsichtsrat lehnen die Arbeitnehmervertreter eine Aufspaltung des Konzerns ab. Aufsichtsratsmitglied Dieter Scheitor (IG Metall): »Wir wollen eine integrierte Lösung für beide Konzernsparten – Logik- wie Speicherchips – denn beide Bereiche profitieren voneinander.«

Tarifflucht I: Textile Dienste

Sauber bleiben - aber mit Tarif

Ob Hotel- oder Krankenhauswäsche, ob Berufskleidung oder Tischdecken aus der Großgastonomie: Privatunternehmen (Textile Dienste) sorgen für Sauberkeit. Rund 20 000 Kolleginnen und Kollegen arbeiten bundesweit in den Großwäschereien, in Bayern sind es mehr als 2 700.

In der Branche wird gutes Geld verdient. Den Unternehmen aber reicht das offensichtlich nicht. Sie wollen noch mehr. In einer konzertierten Aktion treten jetzt eine Reihe von Betrieben aus dem Arbeitgeberverband aus. Sie begehen Tarifflucht.

Der Hintergrund: Um das Geschäft mit der schmutzigen Wäsche ist ein heftiger Konkurrenzkampf entbrannt. In einem Unterbietungswettbewerb versuchen die Unternehmer, ihren Anteil am Markt zu halten oder auszuweiten.

Jürgen Wagner von der Be-



Foto: Werner Bachmeier

zirksleitung der IG Metall: »Die Arbeitgeber wollen offensichtlich die Arbeitsbedingungen verschlechtern. Sie tragen ihren Kampf um Marktanteile auf dem Rücken der Kolleginnen und Kollegen aus.«

Die Reaktion der IG Metall-Mitglieder in den betroffenen Betrieben: Es wurden (und werden) betriebliche Tarifkommissionen gebildet.

Damit ist die Gewerkschaft sofort aktionsfähig, falls Un-

MEWA in Manching: Leere Taschen bald auch bei den Beschäftigten?

ternehmer vom bestehenden Tarifniveau abweichen wollen. ◀

Tarifflucht II: Möbelhandel

Schöner wohnen – aber mit Tarif

Wenn es nach den Geschäftsleitungen der Möbelhäuser Neubert (Würzburg und Hirschaid) und biller (Eching, Hof und Plauen) ginge, gäbe es in diesen Betrieben bald eine »Zwei-Klassen-Gesellschaft«. Beide Unternehmen sind aus dem Arbeitgeberverband, dem Bayerischen Möbel-Fachverband e.V., ausgetreten. Kolleginnen und Kollegen, die nach dem Verbandsaustritt eingestellt werden, sollen nach dem Willen der Geschäftsleitungen wesentlich schlechtere Arbeits- und Entgeltbedingungen haben als die Beschäftigten, die heute schon in den Möbelhäusern arbeiten.

Die Betriebsräte der IG Metall werden solchen Einstellungsbedingungen nicht zustimmen.

Bernd Bausenwein, Betriebsratsvorsitzender bei Neubert: »Wir wollen mit der Geschäftsleitung einen Haustarifvertrag auf dem Niveau des Flächentarifvertrags abschließen.«

Das Gleiche strebt der biller-Betriebsrat an. Damit sollen die Regelungen des Tarifvertrags langfristig abgesichert werden. Unterschiedliche Bezahlung oder Arbeitszeitregelungen im gleichen Betrieb kann es dann nicht geben.

Die Geschäftsleitungen von Neubert und von biller haben es sich zu einfach gemacht, wenn sie glauben, durch Verbandsaustritt den tariflichen Regelungen entkommen zu können. Schließlich gibt es die IG Metall und aktive Betriebsräte. ◀



Foto: Werner Bachmeier

Neubert in Würzburg: Geschäftsleitung will »Zwei-Klassen-Belegschaft«

Bildungsarbeit der IG Metall

Wir werden immer mehr

»Nicht für die Schule, sondern für das Leben lernen wir«, pflegen Lehrer seit Generation zu sagen. Alle wissen: Fürs Leben muss man zusätzlich ganz andere Dinge lernen, als in der Schule gelehrt werden. Wirtschaftliche Zusammenhänge, gesellschaftspolitische Grundlagen, das Funktionieren der sozialen Sicherung: All das wird in den Schulen kaum vermittelt. Für Gewerkschaftsmitglieder, insbesondere aber für Vertrauensleute und Betriebsrätinnen und Betriebsräte ist ein solider Wissenstand notwendig, um die gesellschaftspolitische Debatte führen zu können.

Die IG Metall hat auf Bundesebene, auf der bezirklichen und

auf der örtlichen Ebene eine Fülle von Bildungsangeboten für alle Interessenten. Informationen darüber gibt es bei den Verwaltungsstellen. Über 8 000 Kolleginnen und Kollegen aus dem Bezirk Bayern nahmen im vergangenen Jahr an Seminaren der IG Metall teil. Die Zahl der Metallerinnen und Metaller, die sich weiterbilden, wächst ständig. Die Seminare werden nun verstärkt auf regionaler Ebene angeboten. Das erleichtert vielen den Zugang. Die Bildungsstätten der IG Metall in Bayern (Lohr, Schliersee und die Kritische Akademie Inzell) sind für viele Kolleginnen und Kollegen fast legendäre Anlaufstellen für Diskussion und Freizeitvergnügen geworden. ◀



Schulung: Notwendiges Handwerkszeug für effektive Interessenvertretung

Bundestagswahl

Für die Arbeitnehmerrechte stimmen

Bei der Bundestagswahl am 18. September 2005 wird auch darüber entschieden, ob die Rechte der abhängig Beschäftigten in der Bundesrepublik noch etwas wert sind.

Die Unionsparteien haben Einschnitte bei der Mitbestimmung, beim Kündigungsschutz und beim Tarifvertragsgesetz in ihr Sofortprogramm aufgenommen. In den ersten 100 Tagen einer möglichen schwarz-gelben Regierung soll die Republik verändert werden – zu Lasten der Beschäftigten.

Die IG Metall hat aus guten Gründen keine Wahlempfehlung ausgesprochen. Wohl aber fordert sie alle Mitglieder eindringlich auf, zur Wahl zu gehen. Es kommt am 18. September darauf an, deutlich zu machen, dass es keinen Abbau der fundamentalen Rechte der Beschäftigten geben darf. Deswegen zählt jede Stimme. ◀



Rotes Tuch für Neoliberale:
Mitbestimmung der Beschäftigten

Kurz notiert

► Gesamtmetall: Positive Bilanz

Wenn im nächsten Jahr bei der Tarifrunde um vernünftige Entgelterhöhungen gerungen wird, werden die Unternehmer wieder Tränen vergießen, weil die Geschäfte so schlecht laufen. Deswegen soll jetzt festgehalten werden: Die Bilanz des Arbeitgeberverbands »Gesamtmetall« für das erste Halbjahr 2005 sieht recht positiv aus. Im Vergleich zum Halbjahresergebnis des Vorjahrs stieg die Produktion um 4,5 Prozent. Für das Gesamtjahr erwarten die Metall- und Elektro-Unternehmer ein Plus von drei Prozent. Die Bestellungen aus dem Ausland lagen um 6,5 Prozent höher als im Vorjahr. Die Inlandsbestellungen hingegen stiegen nur um 0,5 Prozent. Die Unternehmer zeigten sich zufrieden, sie beurteilen die Geschäftserwartungen insgesamt positiv. Jetzt. Im Februar 2006 werden wir etwas ganz anderes hören...

Linde Material Handling (LMH)

Beschäftigung und Standorte gesichert

Seit Februar 2005 wird verhandelt. Der Bau eines 18. Produktionswerks in Polen und die schrittweise Verlagerung von Komponenten und Produktgruppen war zu verhindern. Gleichzeitig sollten die Produktionswerke und die 3500 Arbeitsplätze am Bayerischen Unterrhein langfristig gesichert werden.

In einem Ergänzungstarifvertrag konnte die Sicherung der Werke Aschaffenburg I und II, Kahl und Weilbach als Produktionsstandorte geregelt werden. Auf den Bau eines Produktionsbetriebs in Osteuropa wird verzichtet. Betriebsbedingte Beendigungskündigungen werden bis August 2011 ausgeschlossen und der Entgelttarifvertrag zum 1. Januar 2008 eingeführt.

Für die Beschäftigungssicherung verzichten die Beschäftigten auf die Auszahlung des ERA-Fonds, auf ein Prozent der übertariflichen Zulagen und für die

nächsten drei Jahre auf die Jahresabschlussvergütung.

Die Betriebsräte erklären sich bereit, Modernisierungsprozesse zu unterstützen. Ein begrenzter Personenkreis kann bis zu 17 Schichten arbeiten. Die Wegezeiten von zwölf Minuten pro Arbeitstag werden aus den sachlichen Verteilzeiten herausgerechnet. Regelungen werden vereinbart, damit AT-Angestellte und leitende Angestellte in gleicher Weise beteiligt werden. Eine Reihe von Details muss noch geklärt werden. Mit dem Ergänzungstarifvertrag ist es gelungen, erstmals eine wirtschaftliche Entscheidung zum Verzicht eines neuen Produktionswerks zu regeln. In weiteren Fragen zur Aufstockung der Altersteilzeit, die Übernahme von Auszubildenden und der Verhinderung von Outsourcing konnte ein Gesamtergebnis erreicht werden, das sich sehen lassen kann. Der Lin-

de-Vorstand informierte die Presse falsch. dpa schrieb am 29. Juli, Löhne und Überstundenzuschläge würden gekürzt und Arbeitszeit verlängert. Richtig ist, dass eine weitere Arbeitszeitflexibilisierung durch veränderte Schichtmodelle erfolgt, dadurch Mehrarbeit vermieden und Überstundenzuschläge eingespart werden. Die tariflichen Löhne und Gehälter sind gesichert. Der Geschäftsbereich LMH beabsichtigt, in der Zukunft eine ergebnis- und leistungsabhängige Vergütung einzuführen. Diese wird zusätzlich zur tariflichen Vergütung gewährt.

Kurz notiert

- 6. September, 14.30 Uhr, Seniorenveranstaltung in Aschaffenburg, DGB-Haus
- 29. September, 18 Uhr Delegiertenversammlung bei Bosch-Rexroth in Lohr
- 6. bis 8. September, Heigenbrücken
- 12. bis 14. September, Lohr
- 4. bis 6. Oktober, Heigenbrücken
- 19. bis 21. Oktober, Lohr

Näheres erfährt ihr direkt über die Verwaltungsstelle, Telefon 0 60 21-86 42 11.

Bosch-Rexroth Konzern

Weitere Jobverlagerungen?



Bosch-Rexroth-Beschäftigte: für sichere Arbeitsplätze

hören. Thomas Nischalke, stellvertretender Betriebsratsvorsitzender und Vertrauenskörper-Leiter der Bosch Rexroth AG in Lohr, forderte

unter anderem den Mitarbeitern Perspektiven und Sicherheit zu geben sowie von Seiten der Führung Offenheit, Vertrauen und Fairness.

Aktionswochenende »new noise«

Lohrer Jugend gegen »Rechts«

Wenn braunes Gedankengut immer mehr Anhänger findet, wenn rechte Jugendliche nach ihren regelmäßigen Besuchen im Lohrer Schlosscafé häufig durch die Stadt ziehen und randalieren, wenn junge Leute nach einem Konzert im Lohrer Jugendzentrum von den Rechten verletzt werden - dann wird es höchste Zeit, aktiv zu werden.

Eine Offensive gegen diese rechte Jugendkultur ist in Gang gekommen, die mit einer ein-drucksvollen Demonstration gegen Rechtsextremismus Anfang April 2005 mit mehr als 1000 Menschen aller Altersstufen und gesellschaftlicher Schichten begann.

Um ein weiteres Zeichen gegen Fremdenhass zu setzen und

damit klar zu stellen, dass die Lohrer Jugend gegen »Rechts« ist, haben sie sich entschlossen, ein Aktionswochenende mit dem Namen »new noise« zu organisieren. Es ist am 2. und 3. September im Industriegebiet Lohr-Wombach. Wir als IG Metall werden uns daran beteiligen, denn es liegt an uns, sich den Neonazis und ihren politischen Brandstiftern entgegenzustellen. Es muss ein Ruck gegen Rechts durch die Betriebe, Schulen, Universitäten geben.

Musik gibt es von »the surfin' bastards«, »love warrior movement«, »kalad jah'm« und vielen anderen Bands sowie Infostände der beteiligten Gewerkschaften – und das alles bei freiem Eintritt.

Insgesamt 800 Rexroth-Mitarbeiter aus verschiedenen Standorten des Unternehmens blockierten am 12. Juli die Brücke über den Lohrbach und damit die Zufahrt zum Werk I. Sie nutzten eine Sitzung des Aufsichtsrates der Bosch Rexroth AG, um gegen die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland zu demonstrieren und Existenzsorgen deutlich zu machen. Mit Transparenten und Schildern machten sie ihrem Unmut Luft und zwangen den Aufsichtsrat, seinen Weg zur Rexroth Guss GmbH zu Fuß fortzusetzen. Vorstand und Aufsichtsrat marschierten zunächst unter Pfiffen durch die Reihen der Demonstranten, kehrten dann aber zurück, um sich die Anliegen, Befürchtungen und Forderungen der Arbeitnehmer anzu-

Firma Hunger

Kein Verzicht auf Weihnachtsgeld 2004

Vereinbart wurde in einem Änderungsarbeitsvertrag mit der Firma Hunger vom 23. Juni, dass die Ansprüche aus 2004 auf Weihnachtsgeld und Lohnerhöhung in zwölf gleichen Teilen jeweils am Monatsende auszuzahlen sind. Der erste Teilbetrag war am 31. Juli zur Zahlung fällig, der nach Mitteilung des Betriebsrats auch ausgezahlt wurde. Damit hat sich die Walter Hunger KG mit ihrer Forderung nach einem Verzicht nicht durchgesetzt.

Tarifpolitische Konferenz Ingolstadt/Schwabach

Klare Botschaften zur Tarifpolitik

Von wegen die da oben machen doch eh was sie wollen. Spätestens nach dieser beteiligungsorientierten Tarifkonferenz gibt es für derlei Aussagen keine Berechtigung mehr. Politik lebt vom Mitmachen.

Die engagierten Vorbereitungen zu dieser tarifpolitischen Konferenz liefen bereits seit Herbst letzten Jahres. Großen Wert legte die Leitung der örtlichen IG Metall auf die Einbeziehung der Branchen, Personengruppen und unterschiedlichen Betriebsstrukturen im Organisationsbereich. In vier unterschiedlichen Arbeitsforen wurde die Sicherung und Weiterentwicklung der Flächentarifverträge mit den betrieblichen Experten diskutiert, bewertet und um Positionierungen.

Brauchen wir Neujustierung?

Wohin steuert die Tarifpolitik der IG Metall? Brauchen wir eine Neujustierung der Tarifpolitik? Was soll in Zukunft noch im Flächentarifvertrag geregelt, was soll, kann den betrieblichen Akteuren vor Ort übertragen wer-

den? Was halten wir von tariflichen Regelungen für ertragsabhängige Vergütungen? Wie gehen wir mit den Ansätzen einer betriebsnahen Tarifpolitik um? Haben wir dazu die passenden Durchsetzungsstrategien? Brauchen wir strukturelle Änderungen der betrieblichen Interessenvertretungen? Hinter diesen Fragen stehen drängende, reale Probleme. Die betrieblichen Erfahrungen mit übertariflichen variablen Entgeltsystemen sind zwiespältig. Bisher erhalten alle Beschäftigten in tarifgebundenen Betrieben nach einer Tarifrunde die selbe prozentuale Einkommenserhöhung mit unbestreitbaren Auswirkungen auch auf die nicht tarifgebundenen Betriebe. Wie kann das gehen, wenn dann zukünftig bei zweistufigen, ertragsabhängigen Tarifabschlüssen die Beschäftigten je nach wirtschaftlicher Lage des Betriebes, von Betrieb zu Betrieb unterschiedlich hohe Tarifierhöhungen bekommen. Können, ja dürfen wir uns dieser Entwicklung entgegenstellen?

Oder ist das der richtige Weg



einer nachhaltigen Sicherung der solidarischen Lohnpolitik?

»Verbetrieblichung« notwendig?

Politisch hochinteressant wird die gesamte Debatte unter dem Gesichtspunkt einer stärkeren »Verbetrieblichung«.

Nicht zuletzt lassen uns die Aussagen und öffentlichen, sich verschärfenden Forderungen im Arbeitgeberlager, verstärkt Abweichungen vom Tarifvertrag durch betriebliche Bündnisse zu ermöglichen, hellhörig werden. Leidenschaftlich wurden unter diesen Gesichtspunkten das Pro und Contra der von Johann Horn, Geschäftsführer der örtlichen IG Metall, vorgestellten Thesen diskutiert und bewertet.

Einvernehmlich und unterschiedslos wurde in dieser Konferenz von den Funktionären der Verwaltungsstellen Ingolstadt und Schwabach klare und eindeutige Positionen entwickelt. In dieser Deutlichkeit, sagte Horn, habe er dies nicht erwartet. Um so spannender werden die anschließenden Diskussionen in den beschlussfassenden Delegiertenversammlungen sein. Dementsprechend werden sich die Delegierten aus Ingolstadt und Schwabach auch bei der bundesweiten Tarifpolitischen Konferenz der IG Metall einklinken.

Die Diskussion über den besten Weg ist eröffnet und muss nun intensiv weitergeführt werden.

Termine

- Delegiertenversammlung; 17. September, 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus
- WES - ERA für Vertrauensleute; 2. und 3. September Beilngries Hotel Gallus



»Offshoring«

Arbeitsplätze in Gefahr?

Mit Hilfe der Datennetze sind Unternehmen in der Lage, in Sekundenschnelle Buchhaltung, Entwicklung aber auch alle Personaldienste in China oder Indien erledigen zu lassen.

Offshoring (wörtlich: abseits der Küste) ist eine neue Managementmethode, um qualifizierte Tätigkeiten in »Billiglohnländer« zu verlagern. Mit dem Wissenschaftler Dr. Boes vom Institut für Sozialwissenschaft (ISF) holte sich der Angestelltenausschuss der IG Metall Ingolstadt einen Kenner dieser Entwicklungen. Dr. Boes schilderte in der gut

besuchten Veranstaltung anschaulich die damit verbundenen gesellschafts- und beschäftigungspolitischen Auswirkungen.

Was anfangs im IT-Bereich begann, geht jetzt durch viele hochqualifizierte Bereiche. Die erste Stufe ist die Standardisierung von Arbeitsabläufen, um anschließend eine komplette Verlagerung in Billiglohnländer vornehmen zu können. Eindringlich wies Dr. Boes auf die bereits beim ersten Schritt notwendigen Aktivitäten der Arbeitnehmervertreter hin.

Landshuter Betriebsräte fordern eine andere Politik in Deutschland

»Votum für eine arbeitnehmerorientierte Politik«

Die bevorstehende Bundestagswahl wird durch die Themen Wirtschaft und Arbeit beherrscht. Dabei geht es um Wachstum und mehr Arbeitsplätze. Die IG Metall hat ihre Positionen formuliert und fordert Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit.

In einer Pressekonferenz machte der Erster Bevollmächtigte Robert Grashei dies deutlich: »Die Bundesrepublik ist und wird kein Niedriglohnland, sondern kann nur durch Produktivität, Technologie und Qualität ihren Spitzenplatz in der Wettbewerbsfähigkeit erhalten. Hierzu braucht die Wirtschaft motivierte Beschäftigte, mit denen fair und gerecht umgegangen wird.«

Gegen längere Arbeitszeit

Gegenüber den Medien äußerten sich auch Betriebsratsvorsitzende der Automobilindustrie zu den aktuellen Wahlprogrammen der Parteien. Der Betriebsratsvorsitzende von BMW in Dingolfing, Stefan Schmid, kritisierte den Wahlslogan der Christ-Sozialen: »Arbeitszeitverlängerung ist asozial, weil dadurch Arbeitsplätze vernichtet werden. Für Dingolfing würde die Einführung der 40-Stunden-Woche bei stagnierendem Markt 2500 weniger Beschäftigte bedeuten. Nur durch die Vorteile einer flexiblen Arbeitszeit können die Absatzschwankungen bewältigt

werden.« Auch für den Filterhersteller in Marklkofen bestätigte Karl Precht, Betriebsrats-Vorsitzender Mann+Hummel: »Flexible Arbeitszeiten sichern Produktivität und ermöglichen insbesondere den berufstätigen Frauen, Arbeit und Familie unter einen Hut zu bringen. Dies garantieren rund 80 verschiedene Arbeits- und Teilzeitmodelle.« Einer Verlängerung der Lebensarbeitszeit erteilte er eine klare Absage: »Die Leistungsanforderungen in der Produktion hält niemand bis 67 Jahre aus.« Für die betroffenen Frauen beim zweitgrößten Arbeitgeber im Landkreis Dingolfing-Landau stellte Christa Wagner, stellvertretende Betriebsrats-Vorsitzende fest: »Von Teilzeitarbeit kann niemand existieren, deshalb sind gerade alleinerziehende Frauen oft gezwungen in der belastenden Nachtschicht zu arbeiten.«

»Gute Arbeit im Betrieb«

Der Betriebsrats-Vorsitzende des Landshuter BMW-Werkes, Willibald Löw, erläuterte das zukünftige Ausstiegsmodell für ältere Beschäftigte: »Mit Heute für Morgen wird ein Fonds aus der Ertragsbeteiligung aufgebaut, mit dem nach Ende der gesetzlichen Alterszeit im Jahre 2009 ein Ausstieg aus dem Arbeitsleben bei BMW finanziert werden kann. Hier wird es allerdings nur begrenzte Chancen geben.

Deshalb setzt der Betriebsrat auch auf die bessere Gestaltung von Arbeitsplätzen und forciert das IG Metall-Projekt Gute Arbeit im Betrieb.« Massiv wei-

sen die Betriebsrats-Vorsitzenden Pläne zur Besteuerung der Nachtschichtzuschläge zurück: »Dies ist kein Steuervorteil für die Beschäftigten in der Geisterschicht, sondern ein Ausgleich für die gesundheitsgefährdende Belastung durch diese Arbeitszeit. Zudem bedeutet die Besteuerung der Zuschläge auch eine Mehrbelastung der Arbeitgeber durch dann anfallende Sozialversicherungsbeiträge.« Die BMW-Betriebsräte beziffern den monatlichen Verlust für die Betroffenen zwischen 60 bis 120 Euro netto je nach Schichtmodell. Zudem würde die Verschlechterung der Pendlerpauschale gerade die ArbeitnehmerInnen in Niederbayern besonders hart treffen.

Die IG Metall sieht besonders kritisch die Lockerung des Kündigungsschutzes und die von Union und FDP vorgesehene neue Rolle der Interessenvertretung in der Tarifpolitik. Dabei wer-

den die Rechte der Beschäftigten eindeutig beschnitten und den Arbeitgebern die Möglichkeit eröffnet, mit erpressbaren Betriebsräten über Arbeitszeit oder Lohnverzicht zu verhandeln. Die IG Metall wird die Kandidaten zur Bundestagswahl mit den Forderungen der Betriebsräte konfrontieren und deren Antworten in einer Veranstaltung Mitte September den Interessenvertretern bekannt machen. Anstatt einer Wahlempfehlung fordert die Gewerkschaft ihre Mitglieder auf, sich mit den Programmen der Parteien zu beschäftigen und die Folgen deren Vorschläge zu bewerten. Auf jeden Fall soll das Wahlrecht genutzt werden, fordert der IG Metall-Bevollmächtigte Robert Grashei: »60 Jahre nach der faschistischen Diktatur sollten die Nichtwähler nicht die Mehrheit bilden. Deshalb fordern wir alle Wählerinnen und Wähler auf, am 18. September ins Wahllokal zu gehen und sich zu entscheiden.«

Seniorausflug 2005 der IG Metall Landshut

»Auf geht's nach Salzburg«

Traditionell veranstaltet die Verwaltungsstelle Landshut für alle Seniorinnen und Senioren mit Ehe- oder Lebenspartner auch in diesem Jahr wieder einen Ausflug. Ziel der Reise ist diesmal Salzburg.

Für Begleitpersonen, die nicht Mitglied einer DGB-Gewerkschaft sind, wird ein Kostenbeitrag von fünf Euro erhoben. Neben einer eigens organisierten Stadtführung haben die Teilnehmer viel Zeit zur Verfügung, um sich eigenständig in der historischen Altstadt von Salzburg umzusehen. Die Rückfahrt ist um 17 Uhr geplant.

Da es wieder eine große Anzahl von Anmeldungen gibt, wird der Ausflug an zwei Tagen

angeboten. Am 20. September werden die Seniorinnen und Senioren aus den Bereichen Landshut, Moosburg und Freising ihre Reise antreten. Die Bereiche Mengkofen, Dingolfing, Landau und Eggenfelden werden dann am 21. September mit dem Bus nach Salzburg fahren. Die Beschäftigten der IG Metall Verwaltungsstelle Landshut freuen sich schon auf die Reise, da es erfahrungsgemäß immer die Möglichkeit gibt, sich mit altbekannten Kolleginnen und Kollegen zu unterhalten. Sollten die Teilnehmer noch Fragen haben, können sie sich unverbindlich an die Kollegin Rosi Kolbeck, Telefon 0871-1434014, wenden.



www.arbeitnehmerbegehren.de

Vertrauensleutekonferenz zur gewerkschaftlichen Betriebsarbeit

Vor der größten Herausforderung der Zukunft



Bertin Eichler, IG Metall-Hauptkassierer

Bei der Konferenz der Delegierten der Betriebe der Münchner Metall- und Elektroindustrie und des Handwerks stand die künftige gewerkschaftliche Betriebspolitik im Mittelpunkt.

Hasan Akkaya, Betriebsrat bei BMW und Vorsitzender des BR-/VK-Ausschusses stellte dabei die Koordinationsarbeit dieses wichtigen Gremiums vor.

Der Zweite Bevollmächtigte der Verwaltungsstelle, Kollege Horst Lischka erläuterte die künftige Notwendigkeit, den »Häuserkampf« mit betriebl-

chen Tarifkommissionen zu führen und hob die Erfolge bei der Mitgliederwerbung hervor: Im ersten Halbjahr gab es bereits über 1700 Neuaufnahmen.

Bertin Eichler, der Hauptkassierer der IG Metall hob in seinem Referat die positive Mitgliederentwicklung als Grundlage für die gewerkschaftliche Durchsetzungsfähigkeit hervor. München sei hier beispielhaft. Er wies auch nach, dass die IG Metall entgegen Financial Times finanziell kerngesund ist und auch lange Streiks finanzieren kann.



Ausschussvorsitzender Hasan Akkaya



Beim lockeren Gespräch mit dem Bundeskanzler: Trotz Wahlkampf nahm sich Gerhard Schröder Zeit für die Metaller

Probleme diskutiert Betriebsräte beim Bundeskanzler

Betriebsräte von Knorr Bremse, Meiller, Siemens Transportation, KMW Krauss Maffei Wegmann, MTU und anderen Münchner Metallbetrieben trafen sich mit Bundeskanzler Gerhard Schröder.

Am Rande einer Veranstaltung zur Gründung einer Wähler-Initiative im Seehaus hatten die Betriebsratsvorsitzenden Gelegenheit, mit dem Kanzler betriebliche und sozialpolitische Probleme zu diskutieren.

Betriebsversammlung Stiegler bei MTU Aero Engines

Auf Einladung des Betriebsratsvorsitzenden Günter Sroka nahm der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Ludwig Stiegler an der Betriebsversammlung bei der MTU Aero Engines teil.

Nach einer mitreißenden Rede zur Mitbestimmung und Industriepolitik in Deutschland diskutierte er mit dem Betriebsrat unter anderem auch den jüngsten Börsengang der MTU.



Harald Flassbeck, Erster IG Metall-Bevollmächtigter, Günter Sroka, BR-Vorsitzender MTU und Ludwig Stiegler, MdB (von links)

CGD ist keine Gewerkschaft

FSH Bayern und CGD machen Tarifabschlüsse

Seit dem 8. März 2004 ist es amtlich: Das Urteil des Amtsgerichts Gera vom 17. Oktober 2002 ist rechtskräftig.

Damit ist der Weg für seriöse Tarifverträge frei. Die so genannte »Christliche Gewerkschaft Deutschlands« (CGD) hat aufgegeben und ihre Beschwerde gegen das Urteil vom 17. Oktober zurückgezogen.

Damals befand das Geraer Arbeitsgericht, die CGD besitze keine Durchsetzungsfähigkeit, die Tarifverträge der CGD sind in den Tarifgebieten nicht durch Mitglieder gedeckt, die CGD hat aufgrund ihrer geringen Mitgliederzahl keine Verhandlungsmacht. Es liegen Anhaltspunkte vor, dass es sich bei den Tarifverträgen der CGD um Gefälligkeitsverträge handelt. Der Arbeitgeber Fachverband Schreinerhandwerk verweigerte jegliche Gespräche. Es gibt bis zum heu-

tigen Tag keinen Tarifvertrag zwischen dem Fachverband Schreinerhandwerk und der IG Metall in Bayern. Nun diese Eilmeldung des Fachverbandes an ihre Innungsbetriebe in Bayern:

Sehr geehrte Damen und Herren, vor wenigen Tagen kam es zwischen dem FSH Bayern und der Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften für Holzkunststoff in der insgesamt vierten Verhandlungsrunde zu einer Einigung über die Eckwerte der neuen Tarifverträge. Kernpunkte der neuen Tarifabschlüsse sind:

► Arbeitszeiterhöhung ab 1. Juli 2005 von 38,5 auf 40 Wochenstunden. Die Verlängerung der Wochenarbeitszeit erfolgt ohne Lohnausgleich.

► Erhöhung der tariflichen Entgelte um 2,2 Prozent auf den durch die Arbeitszeitverlängerung rechnerisch reduzierten

Ecklohn ab 1. Juli 2005 mit einer Laufzeit von 19 Monaten bis 31. Januar 2007.

► Die monatliche Grundvergütung für den einzelnen Mitarbeiter erhöht sich daher um 2,2 Prozent. Es muss dafür nur etwas länger gearbeitet werden.

► Reduzierung der Einstiegslohne im ersten Gesellenjahr von 84 Prozent auf 80 Prozent des Ecklohns mit entsprechender Anpassung der nachgeordneten Lohngruppen und Lohnstufen.

► Senkung der tariflichen Sonderzahlung (Weihnachtsgeld) von bis zu 70 Prozent auf einheitlich 50 Prozent der Januarvergütung.

► Zusätzliches Urlaubsgeld und Vermögenswirksame Leistungen (VWL) entfallen zukünftig. Bis Jahresende 2005 wird es Übergangsregelungen geben.

► Zum Teil deutliche Kürzung der tariflichen Urlaubsansprüche

wie folgt: bis Vollendung des 30. Lebensjahres 24 Urlaubstage, bis Ende 40. Lebensjahr 26, bis Ende 50. Lebensjahr 28 und ab Vollendung des 50. Lebensjahres 30 Urlaubstage (jeweils abhängig von der Dauer der Betriebszugehörigkeit).

► Neufassung der Ausbildungsvergütung und der zugehörigen Gratifikationen ab 1. Juli 2005 mit einer Laufzeit von 19 Monaten bis 31. Januar 2007 wie folgt: Umwandlung des zusätzlichen Urlaubsgelds der Lehrlinge von bisher 275 Euro in eine von den Gesamtnoten der Zwischenprüfung abhängigen einmaligen Leistungsprämie in folgender Höhe: Note 1,0 bis 1,9: 275 Euro, Note 2,0 bis 2,9: 200 Euro, Note 3,0 bis 3,5 125 Euro. Abschaffung der Sonderzahlung (Weihnachtsgeld) der Lehrlinge. Statt dessen Erhöhung der monatlichen Ausbildungsvergütung auf folgende Beträge: 1. Ausbildungsjahr 360 Euro (alt 341 Euro), 2. Ausbildungsjahr 510 Euro (alt 487 Euro), 3. Ausbildungsjahr 585 Euro (alt 560 Euro).

Die Auswertung und Kommentierung zu diesem (christlichen) Tarifwerk überlassen wir dem Leser selbst.

Lohnverzicht zur Standortsicherung

Hansa-Belegschaft fühlt sich im Stich gelassen

Die Mitarbeiter haben in den letzten dreizehn Jahren immer wieder auf Lohn verzichtet, um den Standort Burglengenfeld zu erhalten. Deshalb muss jetzt die Ge-

schäftsleitung ihren Beitrag leisten und zwar ohne Lohnverzicht und Personalabbau.

Diese Meinung vertrat der Betriebsrat auf einer Betriebsver-

sammlung. Bereits 1992 wurden die Arbeitsplätze in der Montage von Lohngruppe 02 auf LG 05 erhöht, im Gegenzug wurde die LG 07 im gewerblichen Bereich auf LG 06 gesenkt.

Die Einführung der Sinuskurve führte zu Lohnkürzungen von sieben bis neun Prozent.

Der Versuch, Gruppenarbeit einzuführen, scheiterte an der Entlohnung. 1997 Abschluss eines Sozialplanes. Flexibilisierung der Arbeitszeit (Einsparung der Mehrarbeitszuschläge).

Beschäftigungssicherungsvertrag, Einführung der 32,5 Stunden-Woche (2002).

2003 erneuter Sozialplan. 2004 neue Entlohnung (Lohnverlust). 2005 sollen wieder 50 Arbeitsplätze abgebaut werden. Es wird jetzt verhandelt.



Der Betriebsratsvorsitzende der Firma Hansa, Burglengenfeld, Andreas Götzfried

Hoher Besuch

Am 30. September ist der Zweite Vorsitzende der IG Metall, Kollege Berthold Huber, Gast in der örtlichen Vertrauensleutekonferenz. Mit 196 Delegierten aus den VK-Betrieben und zahlreichen Gästen soll über die Vertrauensleutearbeit und aktuelle, wichtige Themen diskutiert werden.

Beginn 16 Uhr, Ort: Gaststätte »Deutsche Eiche« in Regenstein.

Übernahme von Takata-Petri in Albertshausen durch Tröster

»Diese unseriösen Methoden lassen Schlimmes befürchten«

Die Übernahme des Takata-Petri Werkes in Albertshausen durch den neuen Investor TSK Tröster GmbH & Co.KG lässt die IG Metall als zuständige Gewerkschaft und Tarifvertragspartei »Schlimmstes für die Leute« befürchten, sagt Klaus Ernst, der Erste Bevollmächtigte der IG Metall.

»Wer wie Tröster den Beschäftigten schon vor der Übernahme massive Lohneinbußen abpresst, ist für mich kein seriöser Geschäftsmann, sondern ein Erpresser, der sich um geltendes Recht offensichtlich einen Dreck schert und die Notlage der Menschen in einer strukturschwachen Region schamlos ausnutzen will«, führt Ernst weiter aus.

Unseren Zorn erregt vor allem die Absicht Trösters, unmittelbar nach Übernahme des Werkes, nicht mehr die Metall-Tarife zahlen zu wollen, sondern die Beschäftigten in etwa nach dem Niveau der Chemie-Industrie zu entlohnen, das heißt Verluste in der Größenordnung von 15 Prozent zu akzeptieren. Das Bürgerliche Gesetzbuch sieht im Paragraphen 613a zwar ausdrücklich

vor, dass Beschäftigte, die – wie im Falle von Takata-Petri – durch eine Betriebsübernahme einen neuen Eigentümer erhalten, zunächst für ein Jahr keine Verschlechterungen hinnehmen müssen. Was Tröster jetzt versucht, ist mit ganz miesen Mitteln geltendes Recht zu umgehen. Der will den Paragraphen 613a einfach aushebeln. Das ist eine Riesensauerei.

Die IG Metall stellt sich nicht kategorisch gegen einen Eigentümerwechsel bei Takata-Petri. Wenn sich die Situation für die Beschäftigten dadurch stabilisieren ließe, kann nach einem Wechsel natürlich auch über einen Haustarifvertrag gesprochen werden. Aber eben in aller Ruhe und ohne Erpressungsversuche.

Fragwürdig ist bei dieser vorliegenden Betriebsübernahme aber nach unserer Ansicht auch die Rolle eines Teils des Betriebsrats in Albertshausen. Da haben sich einige offensichtlich von Tröster blenden und einwickeln lassen. »Vor wenigen Wochen haben wir noch einen Streit um fünf Prozent Schichtzulagen aus-

gefochten, die wir im Zusammenhang mit einer Beschäftigungssicherung beim bisherigen Eigentümer in die Wagschale werfen wollten. Für diesen vergleichsweise geringen Verlust hätte es eine konkrete Beschäftigungsgarantie für alle gegeben. Die gleichen Personen, die jetzt 15 Prozent Minus für alle – ohne Gegenleistung – schlucken wollen, haben uns damals verteuelt«, sagt Matthias Gebhardt, zuständiger IG Metall-Sekretär für Takata-Petri.

Wir haben unsere Mitglieder ausdrücklich vor diesem jetzt Realität gewordenen Szenario gewarnt. Einseitige Verzichtserklärungen, die den Beschäftigten schon im Vorfeld abverlangt werden, können später nicht mehr als Verhandlungsmasse gesehen werden. In dieser Situation ist einigen Interessensvertretern der Wille zum aufrechten Gang und zur Durchsetzung und Verteidigung der legitimen Rechte wohl abhanden gekommen. Das ist nach unserer Ansicht nicht nur bedauerlich, sondern für die Mehrzahl der von den Entschei-

dungen betroffenen Beschäftigten auch nachteilig, weil Leistungen, auf die einmal ohne Gegenleistung verzichtet wurde, beim Arbeitgeber nur die Lust auf mehr wecken. Wir haben jedenfalls konsequent informiert und die Betriebsräte während des gesamten Prozesses beraten.

Zum jetzt neuen Eigentümer Tröster gibt es »mehr Gerüchte – als Fakten«. Alles, was in unserem Umfeld und in unserer Region mit Geschäftsideen von Herrn Tröster zu tun hat, ist vor allem durch große Ankündigungen und sehr unkonventionelle Auftritte geprägt.

Mitglied des Monats

»Ich bin über eine Verleihfirma zu ZF Trading gekommen. Davor war ich in unterschiedlichen Firmen tätig. Hier bei ZF Trading hatte ich von Anfang an das Gefühl, dass sich vor allem die IG Metall-Mitglieder um die »Neuen« kümmern und einen bei auftretenden Problemen unterstützen oder auch nur mit



Sandra Schmitt,
beschäftigt bei
ZF Trading

interessanten Infos versorgen. Es war deshalb auch nicht sehr schwer, mich dazu zu bewegen, auch Mitglied in der IG Metall zu werden.

Zwischenzeitlich wurde ich von ZF Trading sogar in ein befristetes Arbeitsverhältnis übernommen. Das bedeutet für mich mehr Einkommen und die Aussicht auf einen dauerhaft sicheren Arbeitsplatz.

Wenn ich so an meine früheren Jobs denke – ohne Betriebsrat, ohne Tarifvertrag – da hab ich es jetzt ganz gut getroffen«.

Tarifkommission gebildet, Forderungen übergeben

Tarifaufeinandersetzung bei XXXLutz

Schon seit Monaten versucht die Geschäftsführung von XXXLutz (dem früheren Möbelhaus Engelhardt in Haßfurt) die Einkommen der Beschäftigten auf unterschiedlichste Weise zu kürzen.

Bei den Montageleuten wurde kurzerhand eine eigene GmbH gegründet. Als vorläufiger Höhepunkt haben die Verantwortlichen den Austritt aus dem Arbeitgeberverband erklärt. Fortan sollen die Bestimmungen des Tarifvertrags nicht mehr gelten.

Möglicherweise hat die Geschäftsführung den Bogen mit dieser Entscheidung jetzt aber

doch überspannt. Inzwischen haben die Beschäftigten eine betriebliche Tarifkommission mit dem Ziel gegründet, die bisher geltenden Bestimmungen des Tarifvertrags für den bayerischen Möbelhandel wie auch die interne Provisionsregelung wieder durchzusetzen. Das Unternehmen befindet sich jetzt formell in einer Tarifaufeinandersetzung.

Für Klaus Ernst als Verhandlungsführer der IG Metall wird die bevorstehende Auseinandersetzung auch zu einer Nagelprobe über die Durchsetzungsfähig-

keit der Beschäftigten gegen ihre unmittelbaren Arbeitgeber. »Der Verzicht, der die ganze Zeit beinahe klaglos hingenommen wurde, hat letzten Endes nicht zu einer Beruhigung der Lage geführt«, schätzt Ernst ein.

Die Beschäftigten hätten jetzt aber umgekehrt langsam die Faxen dicke. Deshalb sieht Klaus Ernst jetzt auch den richtigen Zeitpunkt für gekommen, um dem Arbeitgeber zu zeigen, dass den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei Lutz für deren engagierte Arbeit auch ein auskömmlicher Lohn zustehe.

50-Jahr-Feier: Erinnern, Ehrungen und Motivation

Bofinger empfiehlt drei Prozent mehr

Soviel Dichte war selten, Delegierte und Gäste waren dann auch voll gefordert von wissenschaftlichem Vortrag, beglückwünschenden Grußworten, der Aussicht auf die vorgezogenen Bundestagswahlen und eine kämpferische Tarifrunde 2006.



Wirtschaftsweiser Dr. Peter Bofinger: »Die Politik muss gegenüber der Wirtschaft selbstbewusster auftreten und Standortvorteile offensiv vertreten. Den Gewerkschaften empfehle ich eine Entgeltrunde im Volumen von drei Prozent – die Kaufkraft muss endlich wieder wachsen«

An der Spitze der Prominenz Dr. Peter Bofinger, Mitglied des Sachverständigenrates der Bundesregierung. Der Chefökonom steht an der Seite der Gewerkschaften, was selten genug ist.

Grußworte hochpolitischer und zugleich feierlicher Art fanden Edwin Urmann, DGB-Regionsvorsitzender, Bernhard Stiedl, IG Metall-Bezirkssekretär, Jürgen Dupper, SPD-MdL sowie für die Gewerkschaft CZ-KOVO Kollege Ladislav Pasek aus Pilsen.

»In der Kürze liegt die Würze«: Getreu diesem Motto lieferte Harry Samhaber, Erster Bevollmächtigter von 1961 bis 1987 einen sehr emotionalen und detailgetreuen Rückblick auf die Gründungs- und Aufstiegsjahre der Verwaltungsstelle Passau. Sein Fazit war überzeugend: Ohne Zusammenhalt sind Erfolge nicht möglich.

Die Kolleginnen und Kollegen waren von seinem Vortrag restlos begeistert und feierten Harry, der ihnen gleichzeitig ins Stammbuch geschrieben und die Leiter aus dem Sumpf gezeigt hatte.

Bernhard Roos ließ die Jahre 1988 bis 2005 Revue passieren mit den Höhepunkten Streik Rodenstock 1995 und Mitgliederspitze mit knapp 18 000 Ende 2001.



Bernhard Roos ehrt im Namen des Ortsvorstands seinen Vorgänger Harry Samhaber für dessen politischen Wortwitz und sein gewerkschaftliches Lebenswerk – die Delegierten- und Festversammlung reagiert mit stehenden Ovationen



Urgesteine unter sich – Eduard Schleinkofer, langjähriger Bezirksleiter der IG Metall in Bayern und 1955 als Bevollmächtigter von Regensburg der »Geburtsheifer« der IG Metall Passau mit seinem Nachfolger Alfred Braun



Die ehemaligen Mitglieder von Ortsvorstand und Ortsverwaltung, vorn rechts Adi Heidenberger von Loher, Rosi Stempler von Hatz und vorn links Erhard Balzer von Vogt

Die andere Seite der Medaille lieferten Werksschließungen wie Roederstein und Siemens, Entlassungsaktionen, Erpressungen der Belegschaften mit Tarifbruch bis zum heutigen Tag. Sein Resümee lautet, dass mit mehr Aufklärung und Standhaftigkeit von den Funktionären die Trendwende erreicht werden kann.

In der Debatte zur aktuellen politischen Lage schlugen die Wellen hoch, da in Zeiten der WASG-Neugründung Hoffnungen und Risiken quer durchs Gewerkschaftslager laufen.

Geehrt wurden Harry Samhaber und seine Sekretärin Grete Jäger, die seit 1955 im IG Metall-Büro gearbeitet hatte, für ihr Lebenswerk. Darüber hinaus wurde Sekretär Werner Kneuer für 25 Jahre Hauptamtlichkeit gewürdigt.

Bei Musik und vielen angeregten Gesprächen gerade auch mit der großen Regensburger Delegation klang der Abend aus.

Termine

- **6. September:** DGB-Regionsvorstand und »Heißer Stuhl« für Bundestagskandidaten, Passau
- **10. September:** Ausbildungsaktion von IG Metall-Jugend und Jusos »Wir können auch anders – Ausbildungsplätze«, Passau
- **16. September:** Fahrradaktion Nebenstelle Passau »Radeln gegen Sozialabbau«
- **18. September:** Bundestagswahl »Wählen gehen. Jede/r Bürger/in hat das gleiche Gewicht«
- **26. September:** Vertrauensleuteauschuss der Verwaltungsstelle Passau, Passau
- **7. bis 8. Oktober:** Wochenendschulung »Die Arbeit der Vertrauensleute«, Bernried